



Niederschrift

08. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2024 - 2029

Sitzungstermin: Montag, 15.09.2025
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Matthias Grunert

Mitglieder-

Herr David Bode

Herr Jens-Michael Knaak

Herr Carsten Nehues

Frau Monika Nestler

Herr Jochen Neumann

Herr Ronny Springer

Herr Rainer Stock

Sachkundige Einwohner-

Frau Nikola Gerlach

Herr Markus Schaldach

Herr Karl-Heinz Weihe

Verwaltung-

Frau Elisabeth Glaubitz

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Angela Malter

Herr Stefan Noack

Schriftführerin-

Frau Annett Gödicke-Klämbt

als Vertretung für Herrn Ralf Lindner

als Vertretung für Herrn Felix Thier

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Ralf Lindner

Herr Felix Thier

Sachkundige Einwohner-

Herr Hendrik Fischer

Herr Jan Gabelmann

Frau Mona Leukhardt

Frau Dagmar Pohle

Herr Florian Recknagel

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Bericht „Gegenüberstellung der Reinigungskosten in Fremd- und Eigenreinigung“
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.06.2025
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Beschluss über den Verzicht der Aufstellung eines Gesamtabchlusses ab dem Haushaltsjahr 2025 B-8096/2025
- 6.2. Abschluss von Verträgen für das 34. Luckenwalder Turmfest 2026 B-8100/2025
- 6.3. Abschluss von Verträgen für das Stadttheater Luckenwalde 2026 B-8101/2025
- 6.4. Antrag: Nachhaltige Investitionen in Energieeffizienz und Digitalisierung öffentlicher Gebäude – Stromnutzung optimieren, CO2-Ausstoß reduzieren, Ressourcen zielgerichtet einsetzen - Fraktion CDU A-8024/2025
7. Informationsvorlagen
- 7.1. Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2023 -Städtische Gesellschaften I-8012/2025
- 7.2. Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2024 -Städtische Gesellschaften I-8013/2025
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern
9. Informationen der Verwaltung
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.06.2025
12. Feststellung der Tagesordnung
13. Beschlussvorlagen
- 13.1. Verkauf Grundstück Breite Straße 53, Gemarkung Luckenwalde, Flur 1, Flurstück 140/19 B-8098/2025
- 13.2. Verkauf Grundstücke der Gemarkung Luckenwalde, Flur 4, Flurstück 99, 100 und 101 B-8099/2025
14. Anfragen von Ausschussmitgliedern
15. Informationen der Verwaltung
16. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Grunert eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind acht Mitglieder anwesend.

TOP 2. Bericht „Gegenüberstellung der Reinigungskosten in Fremd- und Eigenreinigung“

Herr Noack stellt seinen Bericht zur „Gegenüberstellung der Reinigungskosten in Fremd- und Eigenleistung“ vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Bode möchte wissen, ob eine Nachkontrolle der Arbeiten, falls wir die Reinigung mit eigenem Personal durchführen würden, nicht durch unsere Hausmeister durchgeführt werden könnte.

Herr Noack antwortet, dass dies soweit funktioniere, da die Hausmeister die Arbeiten dokumentieren würden. Schwierig sei jedoch, dass sie für mehrere Einrichtungen zuständig seien und daher nicht alles schaffen könnten.

Herr Bode fragt, ob die Hausmeister der DIE LUCKENWALDER die Nachkontrolle durchführen könnten, da sie zur Stadt gehören. Außerdem erkundigt er sich, warum von Vollzeitstellen ausgegangen wurde, da in der Reinigung eher Teilzeit üblich sei.

Herr Noack erklärt, dass er neunzehn Vollzeitstellen benötige und pro Beschäftigten die Abführungen vornehmen müsse, oder ob Herr Bode etwas Anderes wissen wolle.

Herr Bode antwortet, dass er sich gewundert habe, warum der Faktor so hoch sei. Er kenne viele, die in diesem Bereich in Teilzeit arbeiten, da dies flexibler sei. Wenn es nur über die Vollzeitäquivalente gehe, verstehe er das. Wie handhaben es andere Kommunen, fragt er

Herr Noack kenne keine Kommune, die dies komplett selbst mache. Sensible Bereiche nähmen sie sich heraus, was man sich leisten müsse.

Herr Stock könne aus der Erfahrung mit der Reinigung des Werner-Seelenbinder-Stadions sagen, dass es dort auch große Schwierigkeiten gegeben habe. Er fragt, ob die Kosten pro Arbeitsstunde in den normalen Kosten einberechnet seien, da die Stadt die Kontrolle der Fremdreinigung vornehmen müsse. Bei Schlechtleistungen des Auftragnehmers käme es zu Nachleistungen; sei dies ebenfalls berücksichtigt worden?

Herr Noack antwortet, dass die Hausmeister Arbeitsverteilungspläne hätten, in denen ihre Tätigkeiten festgehalten seien. Sie müssten die Schulsicherheitskontrolle durchführen und dabei auch die Gangkontrolle sowie die Reinigungsleistungen überprüfen. Diese Aufgaben seien in den Hausmeistertätigkeiten abgebildet. Die Frage zu den Nachleistungen müsse Amt 60 beantworten.

Herr Nehues fragt sich, warum der Schrubber in der Erfahrungsstufe drei und in der Erfahrungsstufe sechs unterschiedlich viel koste.

Herr Noack erklärt, dass die KGSt bei der Berechnung über alle Gruppen bei einer Vollzeitkraft von einem Faktor von 5,10 % ausgehe, also bei den Bruttopersonalkosten. Man habe dies zur Vereinfachung der Berechnung genommen.

Herr Nehues möchte wissen, ob es zur angesprochenen Qualitätssteigerung eine Verstärkung der Kontrollen und Dokumentation geben solle. Welche Ideen gebe es dazu in der Verwaltung? Gibt es Techniktools, die eine Vereinheitlichung ermöglichen und die Daten zusammenführen, sodass man sie gleich verarbeiten und auf die Firmen eingehen könne?

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

Herr Nehues fragt, wie der aktuelle Stand im Sanierungsverfahren der LUBA sei.

Frau Herzog-von der Heide berichtet, dass sie Herrn Schimanski um den aktuellen Stand gebeten habe. Er habe mitgeteilt, dass der fertige Bericht zur Kontrolle auf Dr. Spliedts Schreibtisch liege. Der zuständige Sachbearbeiter wolle Nachdruck verleihen. Wenn bis zum 17.09.2025 keine Informationen gegeben würden, wolle man um ein persönliches Gespräch bitten. Herr Schimanski habe Hoffnung auf eine Lösung in diesem Jahr, das 1. Quartal 2026 scheine jedoch realistischer. Anfang November werde eine Besprechung mit allen Gesellschaftern einberufen, dann stehe ja auch der neue Bürgermeister fest.

Herr Knaak äußert, dass die Unterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeitkräften nicht beachtet worden seien. Entweder werde in der freien Wirtschaft unter Mindestlohn gezahlt oder unsere Kosten seien exorbitant hoch. Er schlage vor, die Sache neu zu kalkulieren, sich zu informieren, wie viele Teilzeitkräfte die Auftragnehmer beschäftigen, und anhand dieser Daten eine Neuberechnung vorzunehmen.

Herr Noack antwortet, dass er nicht wisse, ob die Unternehmer ihm die Daten liefern würden, da dies Betriebsinterna seien. Selbst wenn, sei die Verwaltung tarifgebunden.

Herr Stock ergänzt, dass, wie er Herrn Noack verstanden habe, der Betrag bei der Fremdleistung das Ergebnis der Ausschreibung gewesen sei, also eine nachvollziehbare und verlässliche Grundlage darstelle. Nach seinem Kenntnisstand gelte analog das

Brandenburgische Vergabegesetz, das einen Vergabemindestlohn vorschreibe. Insofern sei dies die Grundlage für die Planung des Angebotserstellers und beantworte die Frage.

Herr Neumann führt aus, dass dies für ihn hier ein erster Aufschlag sei. Was ihm fehle, sei so ein bisschen der Ansatz: Was wäre, wenn er jemanden nehme, der bereits eine relativ hohe Qualifikation beim Bauhof habe, oder einen Hausmeister einer Schule, und sage, er bezahle ihm diese Zusatzqualifikation? Die Zahlen seien interessant, und mit einem Stück weit Kreativität und Ideen könne man hier weiterarbeiten. Über die Entgeltgruppe zwei könne man diskutieren; realistisch sei es, wenn er wirklich einen Reinigungsmeister habe, der anleite, die Entgeltgruppe eins. Dann sprächen sie über ganz andere Zahlen, und die Stadt würde immer noch deutlich über dem Querschnittslohn im Reinigungsgewerbe liegen und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Frau Gerlach merkt an, dass die Kontrolle der Stadt oder der zuständigen Abteilungen wichtig sei. Diese seien in der Pflicht, richtig zu kontrollieren. Daran scheitere es oft.

TOP 2.1. Ideen zur Kontrolle und Dokumentation der Reinigungsleistungen

Herr Nehues möchte wissen, ob es zur angesprochenen Qualitätssteigerung eine Verstärkung der Kontrollen und Dokumentation geben solle. Welche Ideen gebe es dazu in der Verwaltung? Gibt es Techniktools, die eine Vereinheitlichung ermöglichen und die Daten zusammenführen, sodass man sie gleich verarbeiten und auf die Firmen eingehen könne?

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.06.2025

keine

TOP 5. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 6. Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Beschluss über den Verzicht der Aufstellung eines Gesamtabschlusses ab dem Haushaltsjahr 2025 B-8096/2025

Frau Malter führt aus, dass mit der Umstellung auf die DOPPIK in der Kommunalverfassung festgelegt worden sei, dass ein Gesamtabschluss zu erstellen sei. Mit der letzten Fassung sei die Möglichkeit eingeräumt worden, dass die Stadtverordneten mehrheitlich beschließen können, keinen Gesamtabschluss mehr aufzustellen. Man habe die Prioritäten nicht so hoch gesetzt, da der Beteiligungsbericht dazugehöre. Würden sie aus ihrem Jahresabschluss und dem der Gesellschaften einen Abschluss machen, müssten sie die Zahlen konsolidieren, was keinen Mehrwert mehr bringe. Deshalb sei der Vorschlag, auf die Erstellung des Gesamtabschlusses zu verzichten.

Herr Nehues wäre es wichtig, die richtigen rechtlichen Gegebenheiten zu kennen, von denen dort gesprochen worden sei.

Frau Malter fragt nach, ob er jetzt den Paragraphen wolle oder was er konkret wolle. Der Vorschlag, auf den Gesamtabchluss zu verzichten, sei mit dem Rechnungsprüfungsamt und der Kommunalaufsicht abgestimmt worden, und es sei entsprechend vorgeschlagen, dass sie ihn beschließen.

Herr Nehues entgegnet, dass er gerne die geltende Rechtslage ausformuliert hätte, damit er wisse, auf was sie sich beziehen.

Herr Neumann ergänzt, dass er glaube, es gehe Herrn Nehues darum, dass im Paragraph 81 Absatz 9 der Brandenburger Kommunalverfassung eingeräumt werde, im Ermessen auf den Gesamtabchluss zu verzichten.

Frau Malter antwortet, dass sie den Paragraphen entsprechend raussuchen werde und ihn sowie die Möglichkeit des Verzichts noch einmal erläutern wolle.

Herr Bode fragt, ob das Ziel jetzt eine Arbeitserleichterung für die Kämmerei und die Gesellschaften sei, ob er dies richtig verstanden habe.

Frau Malter erklärt, dass die Erstellung des Gesamtabchlusses aufwendig sei und kaum mehr bringe. Im Jahresabschluss der Stadt würden das Anlagevermögen, das Ergebnis und die Rücklagen abgebildet. In den Bereichen, die Herr Reinelt für die Gesellschaften erstellt, werde auch alles für jede Gesellschaft aufgeführt. Der Nutzen und der Aufwand seien hier nicht gegeben.

Herr Knaak möchte wissen, ob das jahrzehntelang nur Beschäftigungstherapie gewesen sei, die man dort praktiziert habe, oder ob es jetzt einen berechtigten Grund gebe.

Frau Malter antwortet, dass bei jeder Gesetzesänderung die Fristen verlängert wurden, sodass bisher kein Abschluss erstellt werden musste. Sie weist darauf hin, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, darauf zu verzichten.

Herr Knaak fragt, dass das bedeute, sie hätten noch nie einen Abschluss erstellt?

Frau Malter bejaht dies.

Herr Weihe gibt Frau Malter recht, dass der Jahresabschluss und der Beteiligungsbericht der Gesellschaften hier völlig ausreichen.

Herr Stock führt aus, dass ständig vom Bürokratieabbau gesprochen werde. Wenn der Gesetzgeber die Möglichkeit gebe, sollten wir diese nutzen. Auf die Nachfrage von Herrn Nehues hin erklärt er, dass im Paragraph 81 Absatz 9 stehe, dass diese Möglichkeit genutzt werden könne, sofern die Gemeindevertretung einen Beschluss fasst, um auf den Gesamtabchluss zu verzichten. Dies sei die einzige rechtliche Voraussetzung. Insofern glaube er, dass die Frage beantwortet sei.

Herr Nehues antwortet, dass er den Absatz jetzt aufgemacht habe und bedankt sich für die Benennung. Er begrüßt den Bürokratieabbau und denke, dass man der Vorlage zustimmen könne.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2025 auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses zu verzichten.

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
Zustimmung empfohlen

TOP 6.2. Abschluss von Verträgen für das 34. Luckenwalder B-8100/2025
Turmfest 2026

Herr Nehues führt aus, dass er eine andere Information zu einem Konzept erhalten habe, die dieser Beschlussvorlage widerspräche. Er möchte wissen, wie der aktuelle Stand sei.

Frau Glaubitz antwortet, dass verschiedene Konzeptideen vorgelegt worden seien, die sie jedoch nicht als festgelegt bezeichnen würde. Dies sei eher der zweite Teil, um Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Es gehe nicht darum, zu behaupten, dass ein festes Konzept vorliege, auf dessen Basis die Beschlussvorlage beruhe. Sie möchten, auch gemeinsam mit der Turmfest-AG, neue Vorschläge und Ideen entwickeln.

Herr Stock meint, dass man hier trennen müsse. Für das Turmfest nächstes Jahr müssten jetzt die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Für die Folgejahre gehe es darum, die Diskussion zu führen, wie das Turmfest inhaltlich weiterentwickelt werden könne, während die Kosten im Blick behalten würden. Er fragt, wie es möglich sei, die Künstlergagen für 2026 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 23.000 EUR zu reduzieren, ohne einen Attraktivitätsverlust oder einen Mangel an Qualität in Kauf nehmen zu müssen. Liege es daran, dass man frühzeitig dran sei, um Verträge abzuschließen?

Frau Glaubitz erklärt, dass das Bühnenprogramm ein großer Diskussionspunkt sei. Sie glaube, dass man hier gut einsparen könne, habe jedoch noch keinen Vergleichswert und wisse nicht genau, ob es möglich sei, günstiger zu werden, ohne die Qualität zu verlieren.

Herr Stock fügt hinzu, dass man dies im Vergleich dann sehen werde. Zu den passgenauen Sponsoringleistungen, die in der letzten Vorlage zu sehen waren, möchte er wissen, ob es bereits konkretere Ideen gebe oder ob das zunächst nur ein Grundgedanke sei, um im Bereich Sponsoring eine Erhöhung zu erreichen.

Frau Glaubitz antwortet, dass dies grundsätzlich zunächst eine Idee sei. Vor dem diesjährigen Turmfest habe man Feedback erhalten, dass Unternehmen bereit wären, mehr Geld zu geben. Die Frage sei nur, dass intern geklärt werden müsse, was man als Gegenwert leisten könne, da die Verwaltung auch ein Neutralitätsgebot habe.

Herr Stock weist darauf hin, dass es in Luckenwalde eine Reihe von Vereinen gebe, die ebenfalls auf Sponsoringgelder angewiesen seien und bereits Pakete entwickelt hätten. Er schlägt vor, einfach mal mit der Vereinslandschaft in Kontakt zu treten und nachzufragen, wie sie das handhaben und welche Sponsoringpakete sie Unternehmen anbieten, um diesen eine attraktive Sponsoringfläche bieten zu können.

Herr Nehues führt aus, man könne kreativ sein und bestimmte Bereiche entwickeln, zum Beispiel in verschiedene Floors, wo dann die Werbung verstärkt hängen würde.

Herr Knaak möchte wissen, wie viel die Agenturen an Standmieten einnehmen. Er merkt an, dass es in der Stadtverwaltung Leute gebe, die sich mit Kultur befassen, und fragt, ob die das nicht selbst organisieren könnten. Zudem habe er den Fürstentag in Jüterbog gesehen, der vom Heimatverein organisiert worden sei. Diese Organisation wäre auch eine Zukunft für Luckenwalde: besucherfreundlich mit wenig Eintritt und künstlerfreundlich mit Künstlern aus der Umgebung. Er schlägt vor, das Turmfest lokaler zu gestalten.

Frau Glaubitz könne dies nicht beantworten, zumindest bei der Agentur COEX, die die Schausteller verwalte. Die Kosten der Agentur Potential der letzten Jahre habe man

nochmals kalkuliert; sie seien nur gering gestiegen, von diesem Jahr zum letzten Jahr um 4 Prozent, was 1.000 EUR netto mehr sei.

Herr Springer hätte sich gewünscht, dass vor dem Beschluss eine Präsentation für ein neues Konzept in irgendeiner Form dargestellt worden wäre. Das Thema Turmfest und dessen Kosten sei kein neues Problem; die Verwaltung hätte schon in den letzten Jahren daran arbeiten können. In der Auflistung stehe ein Zuschuss der Stadt von 108.000 EUR, dazu komme noch der tariflich gebundene Mitarbeiter, was zusammen rund 180.000 EUR ausmache. Dies müsse sich die Stadt auch leisten können.

Herr Nehues merkt an, dass ja auch der Bauhof im Rahmen des Turmfestes viel leiste. Das Ordnungsamt eventuell auch, sodass wir, wenn wir eine interne Verrechnung machen würden, dort noch einen höheren Betrag sehen würden. Des Weiteren möchte er wissen, inwiefern die Vorschläge aus dem Arbeitskreis berücksichtigt und schriftlich fixiert seien.

Frau Glaubitz antwortet, dass sie nochmals in Erfahrung bringen müsse, welche Vorschläge es gäbe. Sie wisse, dass einige Vorschläge aufgrund zusätzlicher Kosten nicht umgesetzt werden konnten. Man werde jetzt auch nochmals mehr in den Austausch mit der Turmfest AG gehen, um die Vorschläge zu prüfen.

Herr Grunert ergänzt, dass er ja selbst Mitglied der Turmfest AG sei, ebenso wie Stadtverordnete aus den anderen Fraktionen. Viele Vorschläge seien angeregt worden, als Feedback hätten sich dann auch Vereine etc. geäußert, dass sie bestimmte Sachen nicht wollen. An dieser Stelle der Hinweis, sich innerhalb der Fraktion zu dem Thema auszutauschen, um den gleichen Kenntnisstand zu haben.

Herr Nehues berichtet, dass er das mit den Vereinen anders wahrgenommen habe. Er bittet darum, dies im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport nochmals zu thematisieren und dort aufzunehmen.

Herr Weihe führt aus, dass es einen Plan, einen fiktiven Ansatz gebe. Es sei aber nicht gesagt worden, wie die Einsparungen zum IST 2025 realisiert werden sollten. Er fragt, ob es konkrete Maßnahmen gebe, wie diese Summe eingehalten werden könne.

Frau Glaubitz antwortet, dass sie im Moment dies nicht sagen könne. Es sei zunächst eine Schätzung, da dem ja auch noch kein finales Konzept dahinterliege.

Herr Neumann dankt Frau Glaubitz für ihre Worte, da er in den letzten fünf Jahren von der Verwaltung nicht gehört habe, dass man die Situation mit den Agenturen hinterfragt habe oder Veränderungen herbeiführen wolle. Er begleite das Turmfest seit über 30 Jahren und erinnere sich an intensive Gespräche mit der damaligen Verwaltung. Schon im November sei das Turmfest für das nächste Jahr geplant worden, und man sei mit einem Zuschuss von 80.000 bis 90.000 EUR klargekommen.

Heute habe man jedoch Inflation, dann kam Corona und erhebliche Preissteigerungen, besonders im Veranstaltungssektor. Er müsse ehrlich sagen, dass das Turmfest in diesem Jahr eine programmtechnische Katastrophe gewesen sei. Zudem sei es nicht tragbar, erst im März oder April Verträge mit Technikfirmen abzuschließen, was zu überteuerten Preisen führe.

Das Konzept, einfach zu sagen, die Agentur solle es machen, müsse auf den Prüfstand. Man müsse mit den Agenturen anders verhandeln; hier bestehe erheblicher Verbesserungsbedarf, und er hoffe, dass dies angegangen werde. Fakt sei, dass man für 2026 ein Turmfest brauche, aber dafür Planungssicherheit in Form von Geld nötig sei. Es müsse ein ernsthafter Wille bestehen, über Konzepte und möglicherweise auch über neue Agenturen zu verhandeln. Er werde sich heute zunächst enthalten, um dann in der Fraktion zu beraten.

Frau Gerlach fragt nach, warum die Kosten für die Sicherheit im nächsten Jahr billiger seien. Liege das daran, dass man in diesem Jahr einen Tag mehr gehabt habe?

Dies wird bestätigt.

Herr Neumann verdeutlicht nochmals, dass die angesprochene Planstelle nicht unverändert bleiben könne. Es könne nicht sein, dass sich das Programmheft seit fast drei Jahren gleich lese. Auch über die Sicherheit müsse man sprechen. Angesichts der Kosten für den Einlass und die Einzäunung halte er es für sinnvoll, die Einzäunung wegzulassen und stattdessen einen freiwilligen Kulturbeitrag einzuführen. Er glaube, dass es so nicht viel schlechter laufen würde.

Frau Malter fügt abschließend hinzu, dass man momentan nicht in der Lage sei, einen Haushalt für 2026 zu haben. Man könne also keine Verträge abschließen. Es gehe in der Beschlussvorlage lediglich um die Ermächtigung, bereits wichtige Verträge abzuschließen. Es gehe nicht darum, das gesamte Geld sofort auszugeben, sondern um Vertragssicherheit.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Vorbereitung und Durchführung des 34. Luckenwalder Turmfestes 2026 Verträge bis zu einer Höhe von 250.000,00 EUR (netto) abzuschließen.

Ja 2 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

Zustimmung nicht empfohlen

TOP 6.3.	<u>Abschluss von Verträgen für das Stadttheater Luckenwalde 2026</u>	<u>B-8101/2025</u>
-----------------	---	---------------------------

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Vorbereitung und Durchführung des Theaterbetriebes im Jahr 2026 Verträge bis zu einer Höhe von 78.900,00 EUR (brutto) abzuschließen.

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zustimmung empfohlen

TOP 7.	<u>Informationsvorlagen</u>	
TOP 7.1.	<u>Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2023 - Städtische Gesellschaften</u>	<u>I-8012/2025</u>

Kenntnis genommen

TOP 7.2.	<u>Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2024 - Städtische Gesellschaften</u>	<u>I-8013/2025</u>
-----------------	--	---------------------------

Kenntnis genommen

TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Herr Nehues möchte wissen, wie der aktuelle Stand zu den Jahresabschlüssen sei, die zur Prüfung vorgelegt werden sollten.

Frau Malter äußert, der Jahresabschluss 2023 sei geprüft, und der Prüfbericht werde aktuell erstellt.

Somit liege dieser im nächsten Ausschuss sowie in der Stadtverordnetenversammlung vor. Der Jahresabschluss schließe mit einer Zuführung in die Rücklage von 1,9 Millionen EUR ab, sodass per 31.12.2023 etwa 17,6 Millionen EUR in der Rücklage vorhanden seien. Der Jahresabschluss 2024 werde derzeit bearbeitet, mit dem Ziel, ihn ebenfalls dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung zu übergeben. Dies schaffe die Voraussetzungen, dass der Haushaltsplan 2026, sobald beschlossen, in Kraft treten könne.

Herr Nehues fragt, ob Frau Malter einen Ausblick auf die Zahlen geben könne und wie diese unterm Strich aussehen.

Frau Malter entgegnet, das sei schwierig. Man habe ein Defizit von 2 Millionen EUR geplant, denke aber positiv und sei wahrscheinlich lediglich bei 1 Million EUR Defizit. Es werde keine Zuführung geben, und man müsse etwas entnehmen.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

Frau Malter berichtet, dass Luckenwalde aus dem Programm „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ 9,18 Millionen EUR zur Verfügung stünden. Dazu gebe es aktuell noch keine konkreten Richtlinien, wie damit verfahren werden solle. Es hieße vom Städte- und Gemeindebund, man habe sich dazu verständigt, dass es ähnlich laufen solle wie das Konjunkturprogramm, das 2009 aufgelegt worden sei.

Herr Stock berichtet, dass er es bisher immer so wahrgenommen habe, dass die Mittel voraussetzungslos an die Kommunen gegeben würden. Wenn dem so sei, mache es vielleicht auch Sinn, einmal zu schauen, wie man diese 9,18 Millionen EUR möglicherweise, wenn das rechtlich zulässig sei, nochmals heben könne, als Co-Finanzierung von anderen Förderprogrammen. Vor ein paar Wochen hatten wir die Vorstellung zur Fläming-Therme mit dem hohen Investitionsbedarf gehabt. Seines Wissens gebe es noch eine Richtlinie des Landes Brandenburg zur Energieeffizienzsteigerung bei öffentlichen Schwimm- bzw. Hallenbädern. Wenn es, um bei diesem Beispiel zu bleiben, gelingen könnte, Förderrichtlinien und das Infrastruktursondervermögen zu nutzen, um diesen Investitionsbedarf an der Fläming-Therme zu bewerkstelligen, fände er das eine gute Maßnahme.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass dies auch ihre Überlegungen seien. Sie erwähnt den „Goldenen Plan Brandenburg“, der 30 Millionen EUR umfasse, was in Anbetracht des Schwimmbades ein Drittel wäre. Genau das wolle man noch klären. Von den 3 Milliarden EUR, die das Land Brandenburg aus dem Programm „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ erhalte, behalte es 1,5 Milliarden EUR für eigene Maßnahmen. Man gehe davon aus, dass daraus einige Förderprogramme entwickelt würden. Es sei nicht klug, eigene Mittel in voller Höhe zu veranschlagen, wenn es möglich sei, Finanzierung durch Förderung zu erreichen. Auch die Bildung sei ein wichtiger Punkt, insbesondere die Vorhaben an den Schulen, da das Start-Chancen-Paket Investitionen an Schulen bis zu einer gewissen Höhe ermögliche.

Herr Nehues fände es schön, wenn die Verwaltung im nächsten Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die Fördertöpfe nochmals thematisiere und die Möglichkeiten dazu aufzeige.

Herr Springer möchte die Aussagen der Bürgermeisterin nochmals unterstreichen. Das Geld sei im Prinzip nicht da, um eine Maßnahme durchzuführen. Man solle wirklich darauf achten, weitere Fördertöpfe zu generieren. Er denke an mehrere Baustellen, wie das Theater und die Schule, die man in den nächsten Jahren im Blick haben sollte.

Frau Malter informiert, dass Herr Müller-Elmau damit beauftragt sei, eine Tiefenanalyse durchzuführen. Es sei geplant, diese am 22.10.2025 intern in der Verwaltung vorzustellen. Am 20.11.2025 werde er dann den Workshop zur Haushaltskonsolidierung durchführen, in dem er die Ergebnisse präsentiere. Es werde eine Auswertung geben, und es werde über einzelne Maßnahmen abgestimmt.

Herr Weihe möchte wissen, ob die sachkundigen Einwohner ebenfalls zu dieser Veranstaltung eingeladen würden.

Frau Malter erklärt, diese Veranstaltung sei wieder für die Stadtverordneten und die Amtsleiter gedacht.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 17.11.2025 statt.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 20:05 Uhr hergestellt.

Matthias Grunert
Vorsitzender

Annett Gödicke-Klämbt
Schriftführerin

13.10 24 31 05